

17. Wahlperiode

Antrag

der Piratenfraktion

Informationsfreiheitsgesetz endlich umsetzen - Aktenpläne öffnen

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, einheitliche Richtlinien für das Führen und die öffentliche Zugänglichmachung von Aktenverzeichnissen gemäß § 17 Abs. 5 des Berliner Informationsfreiheitsgesetzes (IFG) in den öffentlichen Stellen des Landes Berlins zu schaffen. Dabei soll insbesondere folgendes gewährleistet werden:

- Dass alle Senats- und Bezirksverwaltungen sowie andere dem § 17 Abs. 5 IFG unterliegenden öffentlichen Stellen entsprechende Verzeichnisse führen,
- dass diese Verzeichnisse soweit möglich anhand einheitlicher Vorgaben bezüglich Form und Inhalt geführt werden, sowie
- dass diese Verzeichnisse und andere Dokumente, die nach § 17 Abs. 5 IFG öffentlich zugänglich zu machen sind, auf den Internetpräsenzen der einzelnen Stellen und im Open-Data-Portal des Landes Berlin in einheitlicher und maschinenlesbarer Form veröffentlicht werden.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 01.06.2013 zu berichten.

Begründung

Das Berliner Informationsfreiheitsgesetz (IFG) regelt Informationsansprüche der Allgemeinheit gegenüber öffentlichen Stellen des Landes Berlin. Neben dem Akteneinsichtsrecht auf Antrag beinhaltet dies auch die in § 17 Abs. 5 IFG festgeschriebene Pflicht jeder öffentlichen Stelle, "Verzeichnisse zu führen, die geeignet sind, die Aktenordnung und den Aktenbestand sowie den Zweck der geführten Akten erkennen zu lassen" und diese öffentlich zugänglich zu machen. Mit dieser Vorschrift wird offenkundig vor allem der Zweck verfolgt, Informationsanfragen nicht an fehlender Kenntnis der Aktenordnung scheitern zu lassen. Da der Anspruch auf Akteneinsicht zumeist die Kenntnis von Existenz und Bezeichnung der einzusehenden Akte erfordert, handelt es sich dabei um eine wichtige und zentrale Regelung zur Sicherstellung des Informationsrechts.

Diese seit dem Inkrafttreten des IFG im Jahre 1999 bestehende gesetzliche Vorschrift wird in den Berliner Behörden weitgehend nicht umgesetzt. Nach Auskunft des Senats (Antwort auf die Kleine Anfrage Drs. 17/10962) kommen zurzeit zwei von acht Senatsverwaltungen (Gesundheit und Soziales sowie Arbeit, Integration, Frauen) und sieben von zwölf Bezirken (Spandau, Steglitz-Zehlendorf, Tempelhof-Schöneberg, Mitte, Lichtenberg, Neukölln sowie Treptow-Köpenick) der Verpflichtung zur Führung von Aktenplänen nicht nach. Von den zahlreichen anderen öffentlichen Stellen, die dem IFG unterstehen, wird nur von acht das Führen von Aktenplänen bestätigt.

Auf dieses massive Umsetzungsdefizit machte der Berliner Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit bereits in allgemeiner Form in seinem Jahresbericht 2007 aufmerksam, laut dem diese Vorschrift "fast flächendeckend" nicht beachtet wird (S. 230). Die Aussage des damaligen Senats, man gehe "aufgrund einer aktuellen Erhebung" davon aus, dass dieser "Verpflichtung bei den öffentlichen Stellen im Land Berlin weitestgehend entsprochen wird" (Drs. 16/1629, S. 217), lässt sich in Anbetracht der bereits aufgeführten Erkenntnisse aus heutiger Sicht nicht erklären.

Das einer entsprechenden Beschlussfassung im Abgeordnetenhaus (Beschluss zu Drs. 16/1629, Punkt 6) folgende Schreiben der Innenverwaltung an die öffentlichen Stellen des Landes Berlin ist offenbar weitgehend folgenlos geblieben. Vor diesem Hintergrund ist es nun geboten, durch klare Vorgaben von Senatsseite endlich die Umsetzung geltenden Rechts durchzusetzen. In diesem Zusammenhang verweist z. B. die Gesundheitsverwaltung auf "nicht ausreichende und allgemeine landeseinheitliche Vorgaben" zur Erstellung von Aktenplänen (so zitiert in der Berliner Morgenpost vom 27.11.2012). Diese gilt es, nun zu schaffen.

Ein weiteres Defizit besteht in Bezug auf die Form der durch das IFG ebenfalls vorgesehenen allgemeinen Zugänglichmachung der Aktenpläne. Dass hier durch die Möglichkeit, die Pläne in den öffentlichen Stellen zu ihren üblichen Geschäftszeiten einzusehen (Antwort auf die Kleine Anfrage Drs. 17/10962), der Wortlaut des Gesetzes erfüllt ist, soll nicht bestritten werden. Ebenso wenig kann aber bestritten werden, dass eine Veröffentlichung im Internet deutlich bürgerfreundlicher und mit weniger Verwaltungsaufwand verbunden ist. Schutzbedürftige Interessen, die einer solchen Veröffentlichung entgegenstehen, sind dabei nicht zu erwarten. Umso erstaunlicher ist es, dass zum Zeitpunkt der Beantwortung nur drei Berliner Behörden - der Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit, der Polizeipräsident und das Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf - von dieser naheliegenden Möglichkeit Gebrauch machten. Das Abgeordnetenhaus hat bereits 2009 in der schon er-

wähnten Beschlussfassung zu einer proaktiven Veröffentlichung im Internet aufgefordert. Dies soll nun bekräftigt und im Sinne des Bekenntnisses des Landes Berlin zu Open Data konkretisiert werden.

Berlin, den 08.01.2013

Dr. Weiß Herberg
und die übrigen Mitglieder
der Piratenfraktion